Morgen-Ausgabe Nr. 144 Sonnabend, 26. März 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreise: bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.90, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 1; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Offertengeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der 10. April – „eine heilige Wahl"

Die erste Wahlrede des Führers in Königsberg

Königsberg, 25. März.

Die gewaltige Kundgebung in der Schlageterhalle in Königsberg, wo der Führer am Freitagabend zu den Königsbergern und darüber hinaus zu allen Ostpreußen und zum ganzen deutschen Volke sprach, wurde zu einem Bekenntnis elementarer leidenschaftlicher Kraft, wie es der deutsche Nordosten kaum je erlebt hat.

Nachdem der Führer von einem Begeisterungssturm, der wohl zehn Minuten lang immer von neuem anschwoll, begrüßt worden war, eröffnete Gauleiter Koch die Kundgebung.

Als der Führer an das Rednerpult tritt, erinnert er zunächst daran, daß er vor wenigen Tagen in Wien, der südöstlichsten Großstadt, zum nunmehr geeinten Volk und Reich gesprochen habe. Heute sei er gekommen, um die Ostpreußen zu mahnen, seine Worte am 10. April einzulösen.

Der Führer beschäftigt sich dann mit der vom Ausland zur Schwächung des deutschen Volkes und zum Schaden der österreichischen Bevölkerung künstlich konstruierten österreichischen Souveränität. Er schilderte dabei noch einmal mit erschütternder Anschaulichkeit den furchtbaren Leidensweg des gequälten deutschen Volkes in Oesterreich. Keine Gewalt könne das Bekenntnis zum Volkstum unterdrücken. Der deutsche Mensch lasse sich durch keine Not und kein Elend von seinem Volk trennen. Im Gegenteil sei durch Not, Unterdrückung und Elend der Wille zur Vereinigung unwiderstehlich gewachsen.

Der Führer rechnete in diesem Zusammenhang scharf mit den internationalen Aposteln ab, die im Namen des angeblichen „Weltgewissens" schamlos die Völker vergewaltigten. Sie redeten von Gewalt, da die sechseinhalb Millionen Deutschen in Oesterreich vor dem Schicksal Spaniens bewahrt worden seien. Wenn Menschen taub sind gegen alle Gerechtigkeit, dann müsse man sich sein Recht selbst nehmen, dann muß man zurückkehren zum alten Grundsatz: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.

Unter atemloser Spannung schildert dann der Führer noch einmal seine Besprechung mit Schuschnigg. Heute wisse man, daß Schuschnigg damals damit gerechnet habe, in einer günstigen Stunde das Ausland gegen Deutschland mobilisieren zu können.

Die begeisterte Stimmung der nächtlichen Versammlung steigerte sich zu feierlicher Ergriffenheit, als der Führer nach einer Schilderung der unbeschreiblichen Freude des ganzen deutschen Volkes in Oesterreich feststellte, daß die Vorgänge in Oesterreich der stärkste Beweis für die Kraft der nationalsozialistischen Idee gewesen seien. Da wußten alle, was es heiße, Träger eines großen Bekenntnisses zu sein. Erst unter dem gewaltigen Eindruck der jubelnden Freude eines ganzen Volkes, das die deutschen Truppen als Befreier begrüßte, habe er sich entschlossen, die Eingliederung sofort durchzuführen. Er wisse, daß der 10. April seinen Entschluß bestätigen werde. Ganz Deutschland, so rief der Führer, muß die Größe des Erfolges wissen. Es muß eine heilige Wahl sein, und ganz Deutschland soll sich dazu bekennen.

Wieder brausen dem Führer wie ein einziges Bekenntnis der Zehntausende unaufhörliche Heilrufe entgegen, so daß er erst nach mehreren Minuten weitersprechen kann. Der Führer schließt, während die mächtige Versammlung sich wie ein Mann erhebt, mit dem Bekenntnis zum Sieg des Glaubens: „Ein Volk, ein Reich, Deutschland!" Und: „Ein Volk — ein Reich — ein Führer!" braust ihm als Antwort entgegen.

Der Neubau der höheren Schule

Mit dem neuen Schuljahr, das Ostern beginnt, wird die höhere Schule ein neues Gesicht erhalten. Seit der Machtergreifung wurde daran gearbeitet, diese neue Grundlage zu schaffen. Die Arbeit war nicht einfach, weil nicht irgendwelche Aenderungen, sondern eine Reform an Haupt und Gliedern erstrebt wurde. Bereits vor einem Jahr waren die Vorarbeiten so weit gediehen, daß der äußere Rahmen festgelegt werden konnte: die achtklassige höhere Schule, die auf der Grundstufe der Volksschule aufbaut. Mit der Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr wurde dringenden wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Forderungen Rechnung getragen. Der Mangel an hochqualifizierten Fachkräften auf der einen und der Ruf nach der Frühehe auf der anderen Seite verlangten gebieterisch eine Verkürzung des Ausbildungsganges. Auch die zweieinhalbjährige Arbeitsdienst- und Militärzeit mußte in irgendeiner Form teilweise wieder eingebracht werden.

Diese äußere Form ist nun auch mit neuem Inhalt erfüllt worden. Mit den neuen Lehrplänen, die ab Ostern 1938 zur Anwendung kommen, erhält die höhere Schule ein ganz anderes Gesicht. Bei der Vielgestaltigkeit des deutschen Schulwesens und der Verschiedenheit der Ansichten über Einzelheiten des Ausbildungsganges konnte nur die entschlossene Durchsetzung einer für richtig erkannten Anschauung Klarheit bringen. Reichserziehungsminister Rust hat deshalb mit vollem persönlichen Einsatz den neuen Richtlinien allgemeine Gültigkeit verliehen. Diese Richtlinien schaffen die nationalsozialistische höhere Schule, wie sie in ihren Umrissen schon von Hans Schemm, dem großen deutschen Erzieher, gesehen wurde. Das Durcheinander, das zum Leidwesen von Schülern, Lehrern und Elternschaft mehrere Jahrzehnte hindurch kennzeichnend für das höhere Schulwesen war, hat aufgehört. An Stelle von 40 verschiedenen Schularten mit 78 verschiedenen Sprachlehrfolgen gibt es heute nur noch eine Grundform, die Deutsche Oberschule, und zwei Nebenformen, das Gymnasium und die Aufbauschule. Damit ist einer babylonischen Schulverwirrung ein Ende gesetzt, durch die sich oft nicht einmal der Fachmann mehr hindurchfand. Während das alte Gymnasium des 19. Jahrhunderts eine fest umrissene Bildungsidee als Kern seiner Erziehungsarbeit hatte, ging eine solche innere Einheit den seit der Jahrhundertwende entstandenen höheren Schulformen immer mehr verloren. Dafür gab es eine Fülle von „Bildungsideen", die durch individualistische, liberalistische und marxistische Strömungen weiter zersetzt wurden. Bei den Schülern, die gezwungen waren, in dieser Zeit auch noch die Schule zu wechseln, mußte notgedrungen ein geistiges Tohuwabohu entstehen. „Vater versetzt, Sohn sitzengeblieben", so kennzeichnete man treffend die Folgen eines Orts- und Schulwechsels, wobei das Sitzenbleiben oft noch nicht einmal das Schlimmste war. Gefährlicher war die Zersplitterung der Bildungsidee. Die Hochschullehrer können ein Lied davon singen, in welcher geistigen Verfassung ein so vorbereiteter Schüler zur Universität kam.

Die neue höhere Schule kennt wieder ein einziges umfassendes Bildungsziel, das in jeder Schulart und in allen Klassen den Lehrplan bestimmt: das nationalsozialistische Weltbild. Diese Zielsetzung ist der wesentlichste Inhalt der Neuordnung. An die Stelle einer konfessionell oder durch bestimmte Kulturkreise und -anschauungen bestimmten Erziehung tritt ein einheitliches Weltbild, das im Nationalsozialismus seine Prägung gefunden hat und das den heutigen Staat auf jeder Lebensebene erfüllt. Während es dem Schüler einer höheren Schule früher überaus schwer war, eine eigene, innerlich verankerte Weltanschauung zu finden, wird er jetzt als weltanschaulich gefestigter Mensch den Weg ins Leben antreten. Die Auswirkungen einer solchen Bildungs- und Erziehungseinheit werden in ihrer umfassenden Bedeutung erst in Jahren und Jahrzehnten erkennbar sein. Schon jetzt aber ist vorauszusehen, daß hier eine Grundlage gelegt wird, die von allergrößter weltanschaulicher und politischer Bedeutung ist.

Die weltanschauliche Durchdringung der höheren Schule wird in den neuen Lehrplänen, die soeben im Druck erschienen sind, auf jeder Seite deutlich. In den Leitsätzen heißt es: „Die nationalsozialistische Weltanschauung ist nicht Gegenstand oder Anwendungsgebiet des Unterrichts, sondern sein Fundament." Reichserziehungsminister Rust hat dazu weiter erklärt, daß es in Zukunft nicht so sehr auf Kenntnisse, als auf Erkenntnis und Bekenntnis ankommen wird. Unter diesem Gesichtspunkt wird der ganze Unterricht stehen. Vor allem sind die sogenannten deutschkundlichen Fächer dazu ausersehen, weltanschauliche Erkenntnisse zu vermitteln und den jungen Menschen zu befähigen, ein inneres Bekenntnis abzulegen. Die Behandlung der deutschen Sprache und Dichtung, der Geschichte und der Länderkunde wird um die beiden Pole Volk und Rasse kreisen. Zur Vervollständigung des hier gewonnenen Weltbildes kommt die naturwissenschaftliche Vertiefung durch den neuen Biologieunterricht, der entscheidende Bedeutung gewinnt. An die Stelle der bloßen Naturbetrachtung tritt die Erfassung

Die Wiener Judengemeinde war von Anfang an im Bilde

Schuschniggs Verrat von Juden finanziert – Ein sehr hoher Geldbetrag für Werbezwecke

Jerusalem, 25. März.

Die palästinensische Judenzeitung „Haareh" veröffentlicht den Bericht eines Augen- und Ohrenzeugen der Vorgänge in Wien während der Tage des Verrats Schuschniggs. Aus diesem Bericht geht eindeutig hervor, daß der geplante Verrat vom Judentum finanziert worden ist. In dem Bericht der jüdischen Zeitung heißt es:

„Am 9. März, 2 Uhr mittags, wurde dem Vorstand der jüdischen Gemeinde Wiens von der Leitung der „Vaterländischen Front" telephonisch der Entschluß Schuschniggs (zur Durchführung seines Abstimmungsschwindels — Die Schriftleitung) mitgeteilt und zugleich ein erheblicher Geldbetrag zu Reklamezwecken angefordert. Der jüdische Gemeindevorstand Wiens war die einzige Körperschaft Oesterreichs, die acht Stunden vor der amtlichen Bekanntmachung der Regierung von dem Volksentscheid wußte. Noch am selben Nachmittag erschien ein Führer der Vaterländischen Front im Gebäude der Judengemeinde Wiens, um einen sehr großen Geldbetrag für Werbezwecke anläßlich des Volksentscheids entgegenzunehmen."

Geheimbefehl an die Kommunisten Oesterreichs

Ein ungeheuerliches Dokument aufgefunden – Oesterreich stand vor dem Bürgerkrieg

Wien, 25. März.

Ein grelles Schlaglicht auf die Gefahren, denen Oesterreich in den ersten zehn Tagen des März gegenüberstand, wirft ein Dokument, das soeben in Wien von einem bisherigen Kommunisten zur Verfügung gestellt wurde. Das Schreiben, das einen Geheimbefehl an die bolschewistischen Agenten in Wien darstellt, beweist mit unheimlicher Eindringlichkeit, daß die Komintern die hinterhältige Politik Schuschniggs benutzen wollte, um mit Hilfe national getarnter Unruhestifter planmäßig Zwischenfälle hervorzurufen, größere Unruhen zu entfesseln und so schließlich in ganz Oesterreich die kommunistische Brandfackel zu entzünden.

Das Dokument hat folgenden Wortlaut:

„Blatt V/1938, am 28. 2. 1938.

1. Jungvolkabzeichen! Diese Abzeichen sind unbedingt zu beschaffen und in angegebenem Sinne zu verwenden.
2. Bei den Aufmärschen, Demonstrationen usw. haben sich die Störungsgruppen unauffällig unter die Zuseher zu mengen und bei passender Gelegenheit in Heil-Schuschnigg- und Pfui-Hitler-Rufe auszubrechen. Schlägereien sind unbedingt anzunehmen. Bei Verhaftungen ausgeben als Nazigegner und Anhänger von Schuschnigg. Legitimationen der Vaterländischen Front bei sich tragen und bei Verhaftung vorweisen. Der Beobachtungsmann der Störungsgruppe hat an die Stelle IV sofort eventuelle Verhaftungen weiterzuleiten, damit dagegen eingeschritten werden kann.
3. Bar Geschäften, deren Inhaber Juden sind, sind die Störungen so durchzuführen, daß nur auf Nazis geschlossen werden kann. Nach den Störungen sofort verschwinden.
4. Bei der Nationalsozialistischen Partei hat eine rege Werbetätigkeit eingesetzt, es ist daher leichter denn je, in diese Kreise einzudringen. Jeder kommunistische Parteimann hat die Pflicht, dies ohne Zögern zu versuchen. Wiedergelungener Eintritt ist sofort zu melden, die Zersetzung hat sofort nach Ausgabe des Blattes zu erfolgen.

Besonders ist darauf zu achten: Herabsetzung der Vorgesetzten von SA und SS. Verdächtigungen von unredlichen Geldverwendungen durch Schar- und Truppführer sowie von seiten der Sturmführer, Beschuldigungen von Trunkenheit, Weiberaffären, Ehebruch usw. Nie direkt losgehen. Immer beginnen: Ich habe gehört . . . Unsere Schulungsredner haben unbedingt zu versuchen, diese Stellen auch in den Gliederungen der NS zu erreichen. Es hat aber sofort mit der zersetzenden Arbeit an den NS-Schulungs-Rednern zu beginnen. Nicht in Debatten einlassen! Nur in kameradschaftlichen Zusammenkünften das Vorgetragene herabsetzen, nicht den Inhalt, sondern den Wert als solchen. Verdächtigung: „der hat auch noch vor kurzem anders gesprochen usw.". Nur wenn wir die guten Schulungsredner unmöglich machen, ist es auch möglich, die Unzufriedenheit weiterzutragen und den Boden vorzubereiten, daß unsere Genossen die Stellen besetzen. Schlechte Schulungsredner sind zu unterstützen. Geld spielt in dieser Hinsicht keine Rolle. Man kaufe sich diese Leute durch Zechezahlen. Unter vier Augen ist jedem recht zu geben. Nie aber in persönliche Streitigkeiten einmengen. Alle Adressen von Chargen der SS und SA sind in der Kartothek bekanntzugeben.

Dieses Blatt geht 24 Stunden nach Empfang an die Ausgabestelle zurück."